

Aus dem Inhalt:

# Leo Trotzki Offener Brief an das Zentral-Exekutivkomitee der Sowjet-Union

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

V. b. b. Preis 15 Groschen

# Mahnruf

Organ der Kommunistischen Linksoption

Zu beziehen durch  
Hans Thoma, Wien, II., Novaragasse 24  
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN — GRAZ  
Nr. 8 April 1932 4. Jahrg.

Erscheint 14 tägig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlung und Auszahlungsstellen 12 Groschen.  
Abonnement vierteljährig S — 90

## Demonstriert gegen die Hungersanierung! Demonstriert für den Kommunismus!

Wahltag am 24. April. In Wien, Niederösterreich, Salzburg, Steiermark und Kärnten finden Gemeinderatswahlen statt. Diese Wahlen haben nicht lokale Bedeutung, sie sind politische Gradmesser ersten Ranges.

Auf der Anklagebank steht die Rothschildsanierung; die Verelendung von hunderten Millionen Steuergelder in den Rachen des bankrotten Kapitalismus. Die Finanzgewaltigen von London—Paris—Basel haben Oesterreich durch die Schuld der Rothschildparteien an der Kehle; sie plündern die Werktätigen in Stadt und Land.

Die Werktätigen Oesterreichs hungern, während die Werte, die die Arbeiter und Bauern schaffen, in die Kassen der Finanzhale verschwinden.

Die Christlichsozialen, die Partei der Industrie und Banken, die Partei der Groagrarien und des Klerikalismus, versucht die Schuld an all dem Elend und Not, der Massenarbeitslosigkeit, des Lohnraubes und der Massensteuern auf ihren versteckten Sanierungsgeossen, die Sozialdemokratie, abzuwälzen.

Die Sozialdemokratische Partei, die burgliche „Volkspartei“, hat die ganze Sanierung mitgemacht, sie hat die Mauer gemacht für die Sanierung der Credit-Anstalt, bei der Uebernahme der Bundeshaftung für die Schulden der Rothschildbank, sie

hat auf das schändlichste das Vertrauen der Arbeitermassen mißbraucht und ist mitschuldig an dem Kapitalverbrechen der Bundeshaftung, wozu nach der Staat sämtliche Passiven der Credit-Anstalt, das sind

### 1680 Millionen Schilling

an die Finanzhale des Auslandes zahlen soll. Keine Breuner-Briefe und Erklärungen Otto Bauers können diese schändliche Politik des Arbeiterverrates verwischen. Die Sozialdemokratie hat im Parlament für die Bundeshaftung gestimmt und Otto Bauer hat diese Schandtat mit seinem berühmten „Brief an einen Genossen“ vor den Arbeitern („A.-Z.“ vom 31. Mai) zu rechtfertigen versucht.

Elende Heuchelei ist es, wenn die Sozialdemokratie jetzt bei den Wahlen gegen das System, das sie in jeder kritischen Situation gestützt haben, Front machen.

Das System muß fallen! ruft Renner und meint, die Sozialdemokratie ist bereit, in die Regierung zu gehen und „eine Herrschaft der Verständigung“ mit den christlichsozialen Kapitalistenvertretern zur Rettung des bankrotten Kapitalismus zu errichten.

Im Wettlauf mit dem Hakenkreuz und Hahenschwanz sucht die Sozialdemokratie die Gunst der Bourgeoisie zu behalten. Ob die Bourgeoisie mit oder ohne Sozialdemokratie regiert, ob die Bourgeoisie abwechselnd, je nach den Bedürfnissen und der Zweckmäßigkeit, sich auf den Reformismus oder Faschismus stützt: die Arbeiterschaft ist der Amboß, auf den die Hiebe niedersausen.

Das Proletariat muß der Totengräber des Kapitalismus sein, will es nicht selbst unter den Trümmern des morschen und faulen Kapitalismus zugrundegehen. Das Proletariat muß sich um die revolutionäre Fahne der proletarischen Revolution, um die Fahne Marx und Lenins scharen.

Ungeachtet dessen, daß die Kommunistische Partei Oesterreichs, geführt von der zentralistischen Bürokratie Stalins, eine in der Wurzel falsche Politik und Taktik befolgt, gibt es für den revolutionär gesinnten Arbeiter keinen anderen Ausweg,

als am 24. April kommunistisch zu stimmen, um sein Bekenntnis zum Kommunismus zu bekunden.

Exekutive der Kommunistischen Linksoption Oesterreichs

### Die furchtbaren Lehren der Präsidentenwahl

## Fort mit der Panikstimmung!

Gefährliche Stimmungen in der Partei und bei den Sympathisierenden — Ein außerordentlicher Parteitag tut not

Nachfolgender Artikel wurde vor dem 10. April zu dem Wahlergebnis des ersten Wahlganges geschrieben. Das Wahlergebnis des zweiten Wahlganges (10. April) bestätigt und unterstreicht nur noch die furchtbaren Lehren der Präsidentenwahl.

Die Niederlage vom 13. März hat die Partei aufgerutelt. In allen Zellen der Partei, in allen Teilen der Parteiorganisation setzt elementar die Diskussion ein. Die Versuche zahlreicher Polleiter, die Wahlen des 13. März als einen vollen Erfolg der Partei hinzustellen, wurden in den Bezirken Friedrichshain, Wedding, Prenzlauer Berg und Kreuzberg kritisch aufgenommen. Im Zentrum und im Friedrichshain erklären einzelne Zellen, daß sie die Parteiarbeit für den zweiten Wahlgang ablehnen!

Als nach dem „roten“ Volksentscheid die Bürokratie erklärt hatte, die zehn Millionen abgegebenen Stimmen kämen zum großen Teil aus dem kommunistischen Lager, der Rote Volksentscheid sei ein „Sieg der Partei“ — da setzten die ersten Zweifel in der Parteimitgliedschaft ein. Diese Welle der Unzufriedenheit und des Zweifels entwickelte sich nicht, aber sie verschwand auch nicht. Ihre Entwicklung hemmte das Fehlen eines starken linken Flügels in der Partei und ihr Verschwinden verhinderten die neuen traurigen Erfahrungen mit dem Parteikurs (Massenstreik im Januar). Die Enttäuschungen am 13. März haben neue Teile der Partei aufgerutelt und die glimmende Unzufriedenheit von neuem entfacht. Den Referenten tönt in vielen Zellen immer und immer wieder die Frage entgegen:

Wie erklärt ihr es, daß die Partei in den Arbeiterzentren schwere Verluste erlitten hat?

Kaum beginnt die jammervolle Phrase: „Die unteren Funktionäre haben nicht verstanden...“, da setzt in den Zellen, ebenso wie auf der Parteiarbeiterkonferenz vom 17. März im Lehrervereinshaus, wütender Protest der Mitglieder ein.

Die Parole der Linken:  
Die Zentristen führen die Partei mit verbundenen Augen in den Abgrund! Her mit dem außerordentlichen Parteitag! Schluss mit der bürokratischen Selbstherrlichkeit!

finden in der Partei lebhaftes Echo. Der wütende Sturm der Bürokratie gegen die „konterrevolutionären Trotzlisten“, gegen die „Verführer des Industrieverbandes“ verhallt in der Partei und vermag nicht mehr die Mitglieder von der Kritik an der unfehlbaren Führung abzulenken.

Entsprechend ihrem spontanen Charakter ist die „wilde Opposition“ in der Partei reichlich unklar und nimmt mitunter einen panikartigen Charakter an. Manche Zellen im Zentrum drücken in der Diskussion die Auffassung aus, daß die Niederlage der Partei vor allem auf die Person Thalmanns zurufzufuhren sei, dessen Wittorf-Affäre nicht vergessen ist und gegen den die SPD und ADGB-Bürokratie die schmutzigen Pamphlete des Renegaten Plutz ausnutzte, die sie zu Hunderttausenden in den Betrieben und in den Gewerkschaften verteilen ließ.

In mehreren Zellen wird die Auffassung ausgedrückt, daß die Partei als revolutionäre Partei überhaupt nicht hätte einen Kandidaten aufstellen sollen und daß die Partei auf keinen Fall Thälmann im zweiten Wahlgang aufstellen dürfte. In vielen Zellen erkennen die Genossen dagegen sehr gut, daß die Niederlage des 13. März nur die Quittung für die vorausgegangene Gesamtpolitik der Parteiführung

war, insbesondere „für den famosen roten Volksentscheid“, für die Theorie vom Sozialfaschismus und für die Ablehnung jeglicher Einheitsfronttaktik.

In Charlottenburg wurde z. B. in einzelnen Zellen folgender Standpunkt vertreten: der Rote Volksentscheid war ein Versuch, den Faschisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es hat sich gezeigt, daß dieser Versuch nur den Faschisten nützte, unseren eigenen Anhang verwirrt und die nicht kommunistischen Arbeiter in die Arme der SPD treibt. Insbesondere lehnen die Genossen die Parole der Volksrevolution ab.

Neben diesen Stimmungen innerhalb der Partei ist eine Stimmung besonders auffällig, die unsere Funktionäre von der Stempelstellen, insbesondere den Auszahlungsstellen für Wohlfahrtsarbeiterlose in den Bezirken Südost, Südwest, Wedding, der Arbeitsvermittlung der Schuhmacher usw. berichten:

Unter revolutionären Erwerbslosen, die mit der KPD sympathisieren und die am 13. März Thälmann gewählt haben, wird die Stimmung sichtbar, am 16. April Hitler zu wählen, um so das Abwirtschaften der Nazis zu beschleunigen!

Diese offenkundige Verwirrung in der Partei und innerhalb der revolutionären Arbeiterklasse, für die die Politik der Partei die volle Verantwortung trägt, stellt uns Linke in der Partei vor ungeheure Aufgaben.

Es waren die Linken in der Partei, es war einzig und allein ihr Blatt „Der Kommunist“, der seit zwei Jahren unaufhörlich die Partei vor dem Wachsen der faschistischen Gefahr gewarnt hatte. Wir haben seit Juli 1930 unermüdlich die jammervollen Illusionen der Parteiführung über die „Spaltung und Zersetzung der Faschisten“ (Strasser- und Stennes-Krise)

gebrandmarkt, wir haben vor den verheerenden Folgen des Kleinbürgerlichen Spiels mit dem Nationalbolschewismus, mit den Phrasen von der „nationalen Befreiung“, gewarnt, wir haben dagegen unsere Stimme erhoben, daß die Führer unserer Partei in Versammlungen und Presse in öffentliche Diskussionen mit den Faschisten traten, wer von beiden — Kommunisten oder Faschisten — nationaler sei, wir haben der Partei gezeigt, daß sie die Einheitsfronttaktik auf breiterer Grundlage anwenden müsse, um auf diesem Wege den Reformismus in der deutschen Arbeiterbewegung entscheidend zu schlagen und die Einheit des Proletariats auf revolutionärer Grundlage herzustellen.

Die Linke war es, die als einzige Fraktion die Lehren der Katastrophe von 1923 den Mitgliedern vor Augen führte, indem sie ihr die verhängnisvolle Wirkung der Schlageteraktik zeigte, für die die gesamte Kominternführung von 1923 die Verantwortung trägt. Wir haben der Partei gezeigt, wo die Wurzel des Opportunismus von 1923 liegt, indem wir einen unversöhnlichen Kampf gegen die opportunistische Theorie von der „Volksrevolution“ und ihr Produkt, die „Arbeiter- und Bauernregierung“ führten, die Linke war es, die den Kampf für die revolutionäre Gewerkschaftseinheit und gegen das bürokratische Regime in der KPD und in der Komintern führte.

Wäre die Partei nicht den Weg des Zentrismus, nicht den Weg der Volksrevolution, des Nationalbolschewismus, der RGO, der Ablehnung der Einheitsfronttaktik und der bürokratischen Selbstherrlichkeit des Apparates gegangen, wir müßten heute nicht über die konkreten Ursachen einer Wahlniederlage diskutieren, sondern wir ständen an der Schwelle der proletarischen Machtergreifung.

In dieser ersten Situation, die voll schwerer Gefahren, aber noch immer reich an den größten Möglichkeiten für die revolutionäre Entwicklung ist, wendet sich die Linke in erster Linie gegen den Pessimismus und die Panikstimmung in großen Teilen der Partei.

Der Zentrismus, die Apparatdiktatur der Thälmann, Remmele, Neumann, hat der Partei eine Schluppe zugefügt. Die Partei muß die Lehren aus dieser Schluppe ziehen, die einen ersten, aber durchaus keinen entscheidenden Charakter hat, die Partei muß sich umrüsten für die kommenden wirklichen Entscheidungskämpfe.

Wer immer aus Erbitterung über den Schlag, die der Apparat und seine Politik der Partei am 13. März zugefügt hat, passiv wird, wer mit dem Gedanken spielt, die Partei aus Zorn über den Apparat im Stiche zu lassen, wer Wahlenthaltung aus Unmut predigt, der kämpft nicht gegen den falschen Kurs in der Partei, sondern der wendet sich gegen seinen einzigen Halt, den er als revolutionärer Arbeiter hat, gegen seine Partei, die die Partei der Kommunisten ist — trotz Thälmann, Remmele & Co.

Alle Kraft für die Partei, die größten Opfer für die Reform der Partei!

In diesem Zeichen ruft Euch die Linke, Parteigenossen, auf, alle Kraft einzusetzen, damit die Partei am 10. April nicht eine noch schwerere Schluppe durch den politisch bankrotten Apparat erleidet. Gewiß, die in der Wurzel falsche Politik der Parteiführung zeigt sich auch in der Taktik, die die Führung bei den Präsidentenwahlen eingeschlagen hat. Vergebens hat die Linke der Partei geraten:

Unter eigenen Lösungen, unter den Fahnen der Partei in den ersten Wahlgang zu gehen, um die Massen aufzurütteln, um die eigenen Kräfte zu wägen. Aber für den Fall eines zweiten Wahlgangs die Bereitschaft, auf der Basis eines proletarischen Notprogramms einen Arbeiterkandidaten des gesamten Proletariats dem Sammelkandidaten der Bourgeoisie entgegenzustellen.

Eine solche Taktik hätte dazu geführt, daß sich große Teile der nichtkommunistischen Arbeiterschaft nicht einfach in die Hindenburgfront hätten eingliedern lassen, daß sie mit den Kommunisten bereits im ersten Wahlgang marschiert wären.

Eine mächtige Millionärarmee, geführt von den Kommunisten, wäre nach dem ersten Wahlgang den an der Seite Hindenburgs geschlagenen Reformisten entgegengetreten, mit der gebieterischen Frage, hinter der die Kraft einer erfolgreichen Millionärarmee steht: Ihr Herren, seid ihr bereit, ein Stück Weges mit uns zu marschieren, oder seid ihr entschlossen, auf Geduld und Verdrerb bei Hindenburg zu verharren, dessen Adjutanten bereits Herrn Hitler zur Macht zu rufen begannen?

Gewiß ist es heute, nachdem es der SPD gelungen ist, so große Massen in die Hindenburgfront hineinzutreiben, nachdem die KPD am 13. März eine Niederlage erlitten hat, unvergleichlich schwerer, das Ohr der reformistischen Massen zu gewinnen und sie zu überzeugen, daß die Politik Klasse gegen Klasse bei diesen Wahlen bedeutet — ein Kandidat der gesamten Arbeiterklasse gegen die Kandidaten der Bourgeoisie. Zeigen doch schon die letzten Ereignisse, das offenkundige Zusammenspiel Groener mit den

Nazis, welche einen „massiven Damm“ Hindenburg-Groener-Brüning gegen den Faschismus darstellen. Das sehen auch die sozialdemokratischen Arbeiter und es wäre daher die Pflicht der Partei, auch heute noch den Kampf zu führen, um auf der Basis eines proletarischen Aktionsprogramms:

1. Aufhebung der Notverordnung,
2. volle Demonstrations-, Koalitions- und Preßfreiheit für die proletarischen Organisationen,
3. Auflösung der faschistischen Mordorganisationen

eine Arbeiterkandidatur der gesamten proletarischen Klasse zu verwirklichen.

Noch reichen die Kräfte der Linken nicht aus, um die Partei auf diesen Weg zu stoßen. Wir wissen, daß die Kandidatur Thälmann unverändert aufrecht erhalten wird. Es ist klar, daß es unter diesen Bedingungen für die revolutionären Arbeiter keinen anderen Weg geben kann, als am 10. April für Thälmann zu stimmen. Diese Stimmenabgabe kann und darf aber nicht eine Solidarisierung mit der falschen Politik der Parteiführung sein, sondern sie muß die Entschlossenheit ausdrücken, in den kommenden unvermeidlichen außerparlamentarischen Kämpfen endlich die Einheitsfront des Proletariats gegen den Faschismus zu verwirklichen.

Ihr aber, Parteigenossen, müßt Sorge tragen, daß die Hoffnungen der Arbeiterklasse auf die Kommunistische Partei nicht noch einmal so furchtbar enttäuscht werden, wie 1923. — Wir haben Brandler 1923 hinweggefegt. Die jetzige Parteiführung, sie ist nicht weniger verhängnisvoll für die Partei, als die Brandlerzentrale.

Wir wollen kein neues 1923, wir wollen es nicht dulden, daß die Horden des Faschismus in Deutschland triumphieren, einzig und allein, weil es die revolutionäre Partei nicht versteht, die revolutionäre Einheitsfront der Arbeiterklasse herzustellen, wir wollen nicht in der Partei siegen nach der Niederlage der Arbeiterklasse, sondern wir müssen in der Partei den Zentrismus schlagen, um der Arbeiterklasse eine furchtbare Niederlage zu ersparen.

Es muß Schluß gemacht werden in der Partei mit dem Zentrismus!

Es muß Schluß gemacht werden mit der Politik der nationalen Befreiung, der Volksrevolution, des Nationalbolschewismus!

Ein außerordentlicher Parteitag muß die Lehren der Vergangenheit ziehen, er muß der Partei jene geistigen Waffen geben, die sie braucht, um zu kämpfen und zu siegen!

## Hindenburg gewählt

Das erschreckende Debakel des Stalin-Kurses offenkundig.

Was eingetreten ist, hat selbst die Befürchtungen der Linksoption übertraffen. Die Stalinbürokratie hat die KPD in die Sackgasse getrieben. Am Vorabend des Entscheidungskampfes zwischen Proletariat und Faschismus ist die KPD festgefahren in dem Sumpf des zentralistischen Zick-Zack-Kurses.

Im zweiten Wahlgang erhielten von 36,491.000 (37,606.000\*) Stimmen:

Hindenburg: 19,359.000 (38,661.000),  
Hitler: 13,417.000 (11,338.000),  
Thälmann: 3,706.000 (4,982.000).

In Prozenten erhielten:  
Hindenburg 53 (46,6),  
Hitler 36,6 (30,1),  
Thälmann 10,1 (13,13).

Die Zahlen sprechen Bände. Hat die KPD schon im ersten Wahlgang gegenüber den Reichstagswahlen, die vor anderthalb Jahren stattfanden, mit Rücksicht auf die erhöhte Wählerzahl und dem Umstand, daß auch die SAP aufordnete, für Thälmann zu stimmen, faktisch keinen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, so ist der Verlust von 1,2 Mill. Stimmen geradezu katastrophal. Um so mehr, als die Verluste besonders wieder in den Industriegebieten erschreckend hoch sind. In Berlin überflügelte Hitler, der im Reich wieder mehr als 2 Millionen zu seinen 11 Millionen gewann, die KPD. In Merseburg gewinnt Hitler abermals 78.000 Stimmen, während die KPD 36.000 Stimmen verliert. In Düsseldorf-Ost verliert die KPD 85.000 Stimmen, in Hamburg 27.000, in Westfalen-Nord 51.000, in Westfalen-Süd 89.000 usw.

Das ist die Antwort auf die Politik des Nationalbolschewismus und die Volksentscheidtaktik, der „nationalen“ Befreiung, des Sozialfaschismus und RGO-Kurses. Die „Rote Einheitsfront“, mit der der Zentrismus die Parteien der KI in die Sackgasse der Ohnmacht und Isolierung treibt, hat sich als Selbstbetrug entlarvt.

Wir werden in der folgenden Nummer noch ausführlich zu diesem Wahlergebnis Stellung nehmen. Jetzt aber müssen wir schon sagen, die Aufnahme der Linken Opposition in die Partei, die Brechung des plebitären Parteiregimes der Stalinbürokratie und offene und freie Diskussion in der ganzen Internationale, Einberufung des schon längst fälligen 7. Weltkongresses, das sind die entscheidenden Voraussetzungen für die Rettung der deutschen Revolution und der Kommunistischen Internationale. Parteigenossen handelt!

\*) Die Ziffern in Klammern sind die Wahlzahlen vom 13. März.

gesteuert werden sollen, den Bezug um 8 bis 14 Tage verlängert, aber nicht aus Liebe zu den Kindern und Frauen der Arbeitslosen, sondern aus Angst und um, da die Winterzeit sich verlängerte, über diese Klippen hinwegzukommen.

Es muß diesen Herren mit hohen Gehältern, den Herren in der Regierung, die für die Kapitalisten hunderte Millionen Schilling übrig haben und den Arbeitslosen die letzten Groschen rauben, gezeigt werden, daß die Geduld zu Ende ist. Nur im einheitlichen Kampfe kann sich der arbeitslose Proletariat seine letzte Lebensmöglichkeit sichern. So lange die Herrschenden sehen, daß sich die Arbeitslosen widerstandslos aushungern lassen, werden sie den Arbeitslosen das Letzte nehmen, und sich die Taschen füllen. Es gilt, mächtige Demonstrationen gegen die Hungersanlerung und für die proletarische Kampfeinheit zu organisieren.

Polizeierror gegen den Hunger.

Ein alter Arbeitsloser, der bei der Finanz gegen die Kürzung der Unterstützung seine Empörung durch erregte Rufe kundtat, wurde vom Polizeinspektor Nr. 126 angeschrien: „Sie werden gleich was anders sehen, mit Ihnen werde ich bald fahren“. Dieser Draufgänger wird vielleicht auch einmal erfahren, was es heißt, mit 13—15 S wöchentlich zu leben. Aus diesem Beispiel müssen wir lernen. Nicht die Empörung des einzelnen, sondern nur die Massenempörung kann Wandel schaffen. Ein Arbeitsloser, ein Betriebsarbeiter ist ohnmächtig gegen die Willkür der Herrschenden und ihrer Knechte. Das Verhältnis ändert sich jedoch sofort, wenn die große mächtige Armee der proletarischen Massen sich sammelt und als Klasse gegen die Herrschenden sich erhebt.

Daher ist unser Kampf für die proletarische Kampfeinheit die wichtigste Voraussetzung für den proletarischen Existenzkampf um Arbeit und Brot. An jedem einzelnen liegt es mitzuhelfen an dem gewaltigen Werk, an dem wir arbeiten, an der Bildung der Kampfeinheit der Arbeiterklasse.

## Grazer Gasgranaten!

Im Wiener Prozeß wegen des Ottakringer Waffenraubes hat der Rechtsanwalt der angeklagten Schutzbänder, Dr. Eisler, aufsehenerregende Beweise über die Rüstungen der Heimwehren vorgelegt. Hand-, Spreng- und Gasgranaten, die in den Munition- und Waffenwerkstätten der Heimwehren hergestellt und zum Bürgerkrieg gegen die Arbeiter vorbereitet werden. Eine dieser Waffen- und Sprengstoffwerkstätten ist in Graz, Leonhardgasse 6, und wird vom Assistenten der Grazer Universität, Dr. Rößler, geleitet. Unter der Maske der Wissenschaft rüstet die Reaktion zum Aderlaß gegen die Arbeiterschaft. Alle diese Bomben und Granaten sind mit hochwertigen Spreng- und Giftstoffen gefüllt und wurden schon in die Zehntausende hergestellt.

Es fragt sich nun, wer trägt die größere Verantwortung für die geheimen Rüstungen des Faschismus gegenüber der Arbeiterklasse, die Staatsgewalt (wie die SP-Führer sagen), die für die Aufrechterhaltung der bestehenden Klassenherrschaft sorgt, also mit dem Faschismus einen grundsätzlich gemeinsamen Zweck verfolgt, oder die Sozialdemokratie, die diese Rüstungen kennt, die Entwarnung der Arbeiter ursprünglich (Arsenal!) freiwillig hinnahm und jetzt widerstandslos duldet? Es ist dies wieder ein Beweis mehr, daß sich die Arbeiterklasse auf der ganzen Front rüsten muß, daß sie sich weder auf die Staatsgewalt noch auf die SP-Führer verlassen darf im Kampfe gegen den drohenden Faschismus. Die Arbeiterschaft muß sich ihre eigenen Kampforgane, die Organe der proletarischen Einheitsfront, die Aktionsausschüsse schaffen.

## Strafprozess gegen Katzianka und Wretschko

Herausfordernd und schmachvoll ist das Schicksal, in welches das Mitglied der Kärntner Arbeiterkammer, Genosse Katzianka, durch einen österreichischen Gendarmen gestoßen wurde. Im Sommer des Vorjahres machte Gen. Katzianka mit anderen Arbeitern einen Ausflug auf den Loiblpaß. Der Weg dahin führt längs der österreichisch-jugoslawischen Grenze, stellenweise auf jugoslawischem Boden. An einer solchen Stelle wurde Gen. Katzianka von einem österreichischen Gendarmen bei den jugoslawischen Grenzsoldaten als Kommunist denunziert und von diesen verhaftet und in die Kerkerhöhlen von Belgrad gesteckt. Nach monatelangen Folterungen wurde Gen. Katzianka unter Ausschluß der Öffentlichkeit mit anderen Arbeitern abgewurteilt. Auf Grund des Gesetzes zum Schutze des Staates erhielt er 4 Jahre Kerker, was in Jugoslawien unter Umständen gleichbedeutend ist mit Todesstrafe. Das Urteil ist um so aufreuzender, als dem Gen. Katzianka nichts nachgewiesen wurde und auch nichts nachgewiesen werden konnte, da, wie unvoreingenommene Augenzeugen berichten, Genosse Katzianka kein politisches Material bei der Verhaftung bei sich hatte und lediglich durch die schamliche Denunzierung des österreichischen Gendarmen der jugoslawischen Blutjustiz ausgeliefert wurde. Seine Befreiung aus den Kerkern der jugoslawischen königlichen Inquisition muß die Forderung aller Arbeiter an die Regierung sein, die sich in Schweigen hüllt.

Wo die republikanische Gendarmerie nicht den ausländischen Henkern die Kommunisten ausliefert, dort sorgt sie dafür, daß sie in Oesterreich in den Kerker wandern. Nach dem Blutbad der Pfirmergendarmen in Voitsberg suchten sie sich einen „Schuldigen“. Und diesen fanden sie im Kommunisten Wretschko. In einem provozierenden Prozeßverfahren, in dem der Staatsanwalt die Entlastungszeugen des Rechtsanwalts Dr. Fliegel unter gerichtliche Verfolgung stellte, wurde Gen. Wretschko, weil er einen Gendarmen am Schießen in die Arbeiter gehindert hat, zu 18 Monaten schweren Kerker verurteilt. Die Arbeitermörder und Putschisten laufen frei herum! Das ist Klassenjustiz!

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger: Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, II., Novaragasse 24. (Im Auftrage der Komm. Linksoption.) — Druck: „Adria“, Wien, II., Taborstraße 52b.

## Raubzug gegen die Grazer Arbeitslosen

Die Oester 1932 sollen sich die Grazer Arbeitslosen gut im Gedächtnis behalten, nicht nur die „Brot-Wecken“ wurden geraubt, mehrere Wochen vor Oester raubte man den Arbeitslosen auch die „Bundeswurst“. Es wurde ganz einfach die Ausgabe gesperrt. Wahrscheinlich wollte man nicht den Geschäftsgang der armen Fleischer und Selcher stören. Dabei blieb es nicht; ab 28. März 1932 ging die IBK Graz zum Frühjahrsraubzug über und kürzte den

Arbeitslosen, die in Notstand stehen, die Unterstützung um 20, 25, 30 Groschen täglich, das sind in der Woche S 1.40 bis S 2.10. Die IBK Graz hat dadurch dem Staat tausende Schilling zugeschanzt und den ärmsten der Armen den Brotkorb noch höher gehängt und sie dem langsamen Hungertod zugeführt. Die IBK, der Staat, die Gemeinde Graz haben aber auch ein „Herz“ für die Arbeitslosen und haben bei jenen, die Ende März 1932 und Mitte April 1932 aus-

# Offener Brief an das Zentral-Exekutivkomitee der Sowjet-Union

Leo Trotzki

Mit unvermeidlicher Verspätung machte ich mich in der „Prawda“ mit Ihrem Beschlusse vom 20. Februar 1932 bekannt, der mich und meine Familienangehörigen, die meine Verschickung, Ausweisung und Arbeit geteilt haben, das Sowjetbürgerrecht für verlustig erklärt und uns die Einreise nach der UdSSR untersagt. Worin unsere „konterrevolutionäre“ Tätigkeit besteht, ist in dem Beschlusse nicht gesagt. In der Sowjetpresse war, wenn man von der rituellen Polemik gegen den Trotzismus absieht, nur von 2 Fällen meiner Tätigkeit die Rede, die man als konterrevolutionär qualifizieren könnte, — wenn diese Fälle wirklich passiert wären.

In der „Prawda“ vom 2. Juli 1931 erschien mit entsprechendem Begleittext die photographische Wiedergabe der ersten Seite der polnischen Zeitung „Kurjer Zosjdenny“ mit einem angeblich von mir stammenden, gegen Sowjetrußland gerichteten Artikel. Selbstverständlich zweifelte niemand von Ihnen auch nur eine Minute, daß dieser Artikel das Machwerk eines durch seine Fälschungen genügend bekannten, schmutzigen Blättchens ist. Bald darauf fabrizierte die gleiche Zeitung Dokumente gegen die galizisch-ukrainischen Revolutionäre. Selbst die bürgerliche Presse wie „Manchester Guardian“ charakterisierte bei diesem letzteren Anlaß den „Kurjer Zosjdenny“ als ein Blatt, das sich schon durch die Fälschung eines Artikels von Trotzki hervorgetan habe. Ich forderte von der „Prawda“ eine Berichtigung. Sie ist nicht erschienen. Die „Prawda“ hat bewußt die Millionen Arbeiter, Rotarmisten, Matrosen und Bauern betrogen, indem sie die Fälschung der polnischen Faschisten mit ihrem eigenen Namen deckte. Man muß daran erinnern, daß der Verfasser des Begleitartikels in der „Prawda“ niemand anders als Jaroslowski, in jenen Tagen einer der Hüter der Parteimoral, gewesen ist. Wenn er später etwas gelitten hat, so auf jeden Fall nicht wegen der Fälschung, sondern nur, weil er zu wenig fälschte.

Das zweite Beispiel meiner „konterrevolutionären“ Tätigkeit ging Ihrem Beschlusse nur um einige Wochen voraus. Am 16. Januar 1932 teilte die „Iswestija“ des Zentral-Exekutivkomitees aus Berlin mit, daß ich zur Unterstützung der Regierung Brüning aufrufe, im Einverständnis mit der deutschen Sozialdemokratie, besonders mit Karl Kautsky und Alfred Adler (?) handle, und daß mir dafür das Visum für die Einreise nach Deutschland versprochen wurde. Die ganze Mitteilung, an der, wie Ihnen natürlich klar ist, kein wahres Wort ist, ist aus dem Berliner reaktionären antisemitischen Blättchen geschöpft, das nicht nur zu zitieren, sondern auch nur in die Hände zu nehmen man nur im äußersten Notfall über sich gewinnt. Nicht eine einzige Zeitung in Deutschland legte den schöpferischen Wehen der deutschen Purischkewitsche irgend welche Bedeutung bei. Nur die „Iswestija“, die formell unter Ihrer, des Präsidiums, Kontrolle steht, verbreitete die wissenschaftlich falsche Mitteilung, und betrog damit bewußt Millionen Bürger der Sowjetunion.

Folglich: Sie hielten es für unmöglich, Ihren Beschlusse früher zu fassen, als bis die Bevölkerung durch die zwei verantwortlichsten Zeitungen der Sowjetunion — durch das Zentralorgan der Partei und das offiziöse Regierungsorgan — mit Hilfe von Fälschungen betrogen wurde, die von den polnischen und deutschen Faschisten fabriziert worden sind. So ist der Sachverhalt, der sich weder übertünchen noch wegwaschen läßt.

Aber auch nach einer derartigen Vorbereitung hielten Sie es noch für nötig, oder es wurde Ihnen nahegelegt, Ihren Beschlusse sorgfältig zu maskieren. Die Ausnahmebestimmungen gegen mich, die durch die letzte antitrotzkistische Kampagne — ich weiß nicht, die wievielte — speziell vorbereitet wurde — sahen Sie sich genötigt in ein angeblich gegen 37 Personen gerichtetes Dekret umzuwandeln, von denen, abgesehen von meiner Familie, mehr als 30 solche Personen sind, die ausschließlich zur politischen Maskierung herangezogen wurden. Sie führten in dieser Liste die schon vor mehr als 10 Jahren unter meiner unmittelbaren Mitwirkung aus der Sowjetunion ausgewiesenen Führer des Menschewismus auf. Stalin schien es wahrscheinlich, daß das ein Meisterstreich sei. In Wirklichkeit sind die verräterischen Fäden zu deutlich sichtbar. Indem Sie sich den Anschein geben, als ob Sie erst im Jahre 1932 klar darüber wurden, welche Rolle eigentlich Dan und Abramowitsch spielen, bringen Sie das Präsidium des Z. E. K. in eine sehr unangenehme Lage. Sie selbst können nicht anders, als sich Rechenschaft darüber zu geben; aber Sie müssen auch in dieser Frage der stalinischen Kanzlei gehorchen, die immer grübler vorgeht, ohne sich um das Ansehen der höchsten Organe der Sowjetmacht zu kümmern.

Aus einem Gefühl des Widerwillens werde ich mich nicht bei den übrigen Strichen und Strichelchen der von Stalin fabrizierten Liste aufhalten: in der absichtlichen Unterschlebung von Namen, um das „Spiel“ noch zu ergänzen, stellt sie ein Dokument des gleichen moralischen Niveaus dar wie die beiden erwähnten Fälschungen, die zu dessen Vorbereitung dienten.

Die Linke Opposition mit den Menschewisten zu verbinden, gelingt Euch nur in der Reihenfolge des polizeilichen Alphabets. In der politischen Reihenfolge steht Euer Zentrismus zwischen der linken Opposition und dem Menschewismus. Keine Schlauchleiten ändern etwas daran. Der Beschlusse vom 20. Februar stellt ein vollendetes Amalgam thermidorianischer Stils dar. Zwischen Marxismus und Nationalreformismus hin und her schwankend, muß der Zentrismus — er kann nicht anders — zwischen seinen kleinbürgerlichen Feinden von rechts und seinen revolutionären Oegnern von links kombinieren und sie verschmelzen, um durch eine solche Amalgamierung die eigene Hohlheit zu verdecken. Ich erinnere Sie daran, daß der erste Vorschlag, die linken Oppositionäre aus Rußland auszuweisen, von keinem andern als Stalin gerichtet wurde als von Ustrjalow. Mit dem Brandmal des Thermidor geht Euer „Beschlusse“ in die Geschichte ein.

Stalin redet Euch ein, daß es sich gar nicht um diese oder jene „einzelnen“ Tatsachen handelt; sondern daß der Beschlusse in Wirklichkeit auf die ganze konterrevolutionäre

Tätigkeit von mir und meinen Familienangehörigen überhaupt begründet sei: Aber wenn dies der Fall ist, wozu brauchte man dann zu gefälschten Dokumenten zu greifen und dem Beschlusse selbst ein Element wüßeloser Maskerade anzuhängen? Sich um diesen Widerspruch zu drücken, ist unmöglich. Der Umstand, daß Ihr nach 9 Jahren ununterbrochener Hetze — vergeblich, daß der Anfang des Kampfes gegen den „Trotzkismus“ mit dem Ende Lenins zusammenfällt — nötig hattet, die Begründung des Ausnahmegesetzes gegen mich und meine Familienmitglieder aus den schmutzigen Quellen des polnischen und deutschen Chauvinismus zu schöpfen und durch eine Verbindung meines Namens mit denen unsrer Gegner zu bemänteln, — allein dieser Umstand entlarvt und entblößt gänzlich die Erfolglosigkeit aller Kampagnen gegen den „Trotzkismus“ und kompromittiert unheilbar Euren letzten schöpferischen Akt. Vom Standpunkt persönlicher Rache aus — ein Element, das wie Ihr wißt, bei allen Kombinationen Stalins eine Rolle spielt, — erreicht das Dekret seinen Zweck nicht im geringsten. Stalin hat sich diesmal zu weit hinter den Kulissen hervor gewagt und hat unvorsichtig seine wahre politische und moralische Größe gezeigt. Wenn er Euch gezwungen hat, — ich weiß, nicht ohne schüchternen Widerstand Eurerseits, — ein unwürdiges Scherbengericht zu veranstalten, so nur deshalb, weil sich die tiefe Wahrheit der Linken Opposition ausnahmslos in allen, sowohl inneren wie äußeren Fragen erwiesen hat, denen unser Kampf in allen diesen Jahren galt. Dem Anschein nach offensiv, ist Stalins Geste eine, noch dazu ohnmächtige, ja klägliche Verteidigung.

Die Opposition kämpfte gegen die stalinische Fraktion für die Industrialisierung, für eine Planwirtschaft, für erhöhtes wirtschaftliches Tempo, gegen den Kurs auf den Kulaken, für die Kollektivierung. Seit 1923 forderte die Opposition die Vorbereitung eines Fünfjahresplans und legte selbst seine Grundelemente dar. Alle wirtschaftlichen Erfolge der Sowjetunion sind theoretisch und zum Teil auch organisatorisch von der Linken Opposition im Kampf mit der stalinischen Fraktion vorbereitet worden. Euer Vorsitzender Kalinin, der Stalin von rechts gegen die linke Opposition unterstützte, weiß davon mehr als irgend ein anderer. Noch im April 1927 erklärte, unterstützt durch Molotow, Kalinin, Woroschilow und andere, Stalin im Kampf gegen mich, daß „Dnjeprostroj“ uns gerade so nötig sei, wie dem Muschik ein Grammophon“. In dieser Formel barg sich eine ganze geschichtliche Philosophie. Weil sie dagegen kämpften und sie zerstörten, wurde Rakowski nach Barnaul verschickt, hielten hunderte und tausende unbeweglicher Revolutionäre die Gefängnisse und Verbannungsorte, wurden einige Bolschewiki — erschossen.

Auf dem internationalen Kampfplatz stand es nicht viel anders. Die Opposition bekämpfte im Jahre 1923 die Kapitalistenpolitik Brandlers, der von rechts her durch Stalin unterstützt wurde, sie kämpfte gegen die stalinische Theorie der Arbeiter- und Bauernparteien; gegen die Einschlebung der chinesischen Kommunisten in den eisernen Käfig der Kuomintang; gegen den Block des Politbüros mit der Clique der englischen Streikbrecher; gegen die ganze opportunistische, verderbliche, schändliche, durch und durch verräterische Politik Stalins, der im Verlauf mehrerer Jahre den Steigbügel Tschangkai-schek hielt und am Vorabend des Blutbades, das Tschangkai-schek unter den Arbeitern Schanghai anrichtete, freundschaftlich sein Bild mit ihm austauschte. Ihr seid genötigt in die Tatsachen eingeweiht und wißt, daß nicht ein Schatten von Uebertreibung in meinen Worten ist. Nicht umsonst ist die Geschichte der chinesischen Revolution in der Sowjetunion ein verbotenes Buch: jede ihrer Seiten versengt der Stalinschen Clique die Finger.

Wo hingegen ist unsere „konterrevolutionäre Tätigkeit?“ Unter den Hunderten der heutigen stalinischen, um Stücklohn tagelöhnernden Theoretiker, von denen es in den Wunden des internationalen Proletariats wie von Würmern wimmelt, gibt es nicht wenige, die gern bereit sind, weiß als schwarz oder als irgend eine Farbe des Regenbogens hinzustellen. An den historischen Tatsachen jedoch ändern sie nichts, die Grundlagen des Marxismus erschüttern sie nicht. Die linke Opposition hat ein Recht, auf ihren Kampf gegen die Politik der stalinischen Fraktion stolz zu sein, in Rußland, in Deutschland, in China, in England, überall, wohin die Hand des opportunistischen Apparates sich erstreckte.

Nachdem sie sich die Stirn am Kulaken eingestoßen hatte; nachdem sie sich in ihren Berechnungen auf Tschangkai-schek geirrt hatte; nachdem sie von den von ihr geretteten englischen Trade-Unionisten anstatt Dank einen Fußtritt bekommen hatte, schlug die Stalinsche Bürokratie im Jahre 1928 über unseren Köpfen einen tausenden Bogen um 180 Grad, um sich in ein ungeheuerliches wirtschaftliches und politisches Abenteuer einzulassen, dessen Rechnungen erst noch bezahlt werden müssen.

Und aufs neue ist die Linke Opposition — die wirklichen und einzigen Bolschewisten-Leninisten in den Reihen des internationalen Proletariats! — entschieden und rechtzeitig gegen das bürokratische, mit den Hilfsmitteln des Arbeiterstaats bewaffnete Abenteuerum aufgetreten. Wir warnten vor der leichtfertigen Reduzierung des Fünfjahresplanes auf 4 Jahre. Unsere Warnung hat sich als vollständig richtig erwiesen. Das künstliche, weder theoretisch noch praktisch vorbereitete Gejage, bot nicht nur keine Möglichkeit, die mehr sportmäßige als wirtschaftlich gestellte Aufgabe zu lösen, sondern vertiefte noch eine Reihe von Widersprüchen, die jetzt rein mechanisch in das Fundament des zweiten Fünfjahresplanes eingefügt werden. Die Opposition warnte vor dem Hasardspiel der kompakten unterschiedslosen Kollektivierung und vor der Idee der „Liquidierung der Klassen“ in den Grenzen des ersten Fünfjahresplans. Zur Zeit ist die „kompakte“ Kollektivierung eingestellt, und die „Liquidierung der Klassen“ ist in zwei bis drei Zwischenetappen auf den neuen Fünfjahresplan übertragen. Auch in dieser Form bleibt die Aufgabe eine bürokratische Utopie. Als Realität zeigt sich die unglücklicherweise überaus schwere Lage der Arbeitermassen in bezug auf die Verpflegung wie

in materieller Hinsicht überhaupt, — als das Resultat der überstürzten Kollektivierung und der Zerstörung der grundlegenden wirtschaftlichen Proportionen.

Die Arbeiterklasse Rußlands hat das Recht, auf jene während grandiosen technischen Eroberungen stolz zu sein, die sie in den letzten Jahren gemacht hat. Aber diese Eroberungen wurden erst seit der Zeit möglich, als der Druck der Umstände die Bürokratie zwang, wenn auch mit Verspätung, zur Grundlage ihrer Arbeit die — anstelle und verschobene — Plattform der linken Opposition zu machen. Das politische Selbstbewußtsein der Arbeiter erhob sich zu neuer Höhe. Von den durch die Oktoberrevolution gelegten Grundlagen, von den in der Praxis geprüften Methoden der Planwirtschaft, von den sozialistischen Aufgaben zurückzutreten, wird sie durch keine geschichtliche Kraft mehr gezwungen werden. Sie zerdrückt jeden, der sie zur bürgerlichen Demokratie und zum Kapitalismus zurückzerren möchte.

Aber die glücklichen Arbeiter geben sich mehr und mehr Rechenschaft darüber, welche politische Gruppe der Initiator des planmäßigen sozialistischen Aufbaues gewesen ist, und darüber, wer die wirtschaftliche Arbeit erst durch bürokratische Obstruktion gestört und dann durch abenteuerhaftes Jagen mit gelöschten Lichtern gefährdet hat. Die Arbeiter wünschen die Wirtschaft selbständig zu leiten, nicht aber nur die Pläne auszuführen, die die stalinische Bürokratie unter der Mitarbeit von rechten oder „linken“ Schädlingen hinter ihrem Rücken schmiedet. Die Unruhe der Arbeiter, ihre Unzufriedenheit — ihre einstweilen noch dumpfen Proteste — all das verläuft auf der Linie der Kritik der Linken Opposition.

Die Befestigung des ökonomischen Fundaments der Diktatur, das Anwachsen des Proletariats und seines Selbstbewußtseins bedingen nicht eine Verstärkung, sondern eine Schwächung der politischen Position der Bürokratie. In den Reihen der letzteren beginnt die Zersetzung. Eine kleine Minderheit klammert sich noch stärker als an einen Rettungsanker an Stalin an. Der andere Teil blickt sich um und sucht nach einer Rückversicherung. Die Besedowski, Agabekows, Dimitriewski, verdorbene Karrieristen, geriebene Hochstapler, hundertprozentige Kanakillen — wieviel sind ihrer im Apparat? — messen mit den Augen den nächsten Zaun, um den Sprung ins Lager des Klassenfeindes zu vollziehen.

Die ehrlichen Elemente des Apparats — sie sind zum Glück in der Mehrheit — horchen auf die Stimmen von unten, vergleichen die durchgeführten Etappen und die aus der Lotterie gezogene Losung der Jahre 1923—26—28—30—32 —, alle diese Zickzacks bürokratischer Blindheit, — und überzeugen sich mit Schrecken, daß die stalinische „General-Linie“ eine Mythe, ein Gespenst, ein vager Schatten der Schwankungen des Apparates selbst ist. So beginnt das Kapitel der Vergeltung für die Revision der Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus und für die freche Vergeßung der Partei.

Die Fehler und Verbrechen der Bürokratie während der 9 Jahre gingen nicht ungestraft vorüber. Das stalinische System nähert sich seiner entscheidenden Krisis. Die Episode mit dem „Halbtrotzkismus“ Jaroslowskis wäre vor einem halben Jahre, als ich vom ersten „Karrnen im Apparat“ schrieb, völlig unmöglich geschehen. Jetzt wundert sich fast niemand mehr darüber, umgekehrt wird sie aufgefaßt als untrügliches Symptom eines tieferen Prozesses. Der stalinische Apparat hörte auf, ein stalinischer Apparat zu sein. Er wurde zu einem System der Gegensätze und Risse. Während sich die Arbeiter immer ungeduldiger gegen das Kommandieren der Bürokratie verhalten, verhält sich der Apparat mit immer geringerem Vertrauen zur Führung Stalins: beide Prozesse sind eng mit einander verknüpft. Um so wütender muß die engere stalinische Fraktion um die Behauptung ihrer Kommandopositionen kämpfen.

Ihr habt den Kampf mit dem „Trotzkismus“ unter der Flagge der „alten bolschewistischen Garde“ begonnen. Den angeblichen, von Euch selbst ausgedachten Ansprüchen Trotzki auf die persönliche Führung habt ihr die „kollektive Führung durch das leninistische ZK“ entgegengestellt. Was ist von der kollektiven Führung erhalten, was ist von leninistischem ZK übrig geblieben? Der von der Arbeiterklasse und von der Partei unabhängige Apparat bereitete die vom Apparat unabhängige Diktatur Stalins vor. Jetzt dem „leninistischen“ ZK Treue zu schwören, bedeutet fast dasselbe, wie offen die Fahne des Aufruhrs zu erheben. Die einzige jetzt zulässige Formel des Treuschwurs ist der Schwur auf den Namen Stalins. Jeder Redner, Propagandist, Journalist, Theoretiker, Pädagoge, Sportsmann ist verpflichtet, in seine Rede, seinen Artikel, oder in seine Vorlesung die Phrase von der Unfehlbarkeit der Politik des ZK „unter der Leitung Stalins“ d. h., von der Unfehlbarkeit des ritlings auf dem ZK sitzenden Stalin, einzufügen. Das bedeutet, daß jeder Parteimitglied und Sowjetarbeiter, vom Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare bis zum einfachen Bezirkskassier, vor dem Angesicht des ganzen Landes einen offenen Schwur leistet, daß im Falle einer Differenz zwischen dem ZK und Stalin er Stalin gegen das ZK unterstützen wird. Darauf läuft jetzt faktisch sowohl das Parteistatut wie die Sowjetverfassung hinaus.

Die Sache entwickelt sich immer weiter und weiter auf diesem Wege. Der offizielle Jubiläumsartikel über die Rote Armee (23. Februar) lautet, daß Führer der bewaffneten Kräfte der Sowjetunion „die Kommunistische Partei, ihr leninistisches ZK mit Gen. Stalin an der Spitze“ sind. Das bedeutet, die Rote Armee aufzufordern, so lange ihre Ergebenheit den Sowjets der Werktätigen, dem Proletariat und seiner Avantgarde zu wahren, solange Stalin „an der Spitze“ der Partei verbleibt. Das bedeutet, daß vom selben Tage, an dem die Partei die ihr zu kostspielige Führerschaft nicht mehr will, die Rote Armee Stalin gegen die Partei zu stützen hat. Keinen anderen Sinn hat und kann die Einführung des Eidens auf den Namen Stalins haben. Das ist eine neue

Etappe in der systematischen, planmäßigen, hartnäckigen Vorbereitung des Bonapartismus. Leset nach die Geschichte!

Als Ihr den Kampf gegen die Partei unter dem Namen eines Kampfes gegen den „Trotzkismus“ anfangt, habt Ihr innerhalb des offiziellen Politbüro ein besonderes Politbüro, oder „die Sieben“ — gegen sich gebildet. Ihr habt Eure geheimen Versammlungen gehabt, Eure vor der Partei geheime Disziplin, Eure geheime Chiffre zur Verständigung mit den Agenten der Verschwörung im Lande. Die Hetze gegen Trotzki und den „Trotzkismus“ ging parallel mit der Erdrosselung der Selbständigkeit der Partei: das eine wie das andere war gleichermaßen nötig für den Triumph der Bürokratie. Jetzt vollzieht sich eine ähnliche Arbeit, aber schon in karikiertem bonapartistischer Form, auf einer neuen historischen Etappe. Die engere Fraktion Stalins hat unzweifelhaft schon ihren geheimen Stab, ihre Losungen und Parolen, ihre Agenten und ihre Chiffren: mit Volldampf wird die Verschwörung gegen den Apparat geführt, der immer noch in der Verschwörung gegen die Partei verharrt. Die Selbstherrlichkeit Stalins, die von unten her ausgeht, strebt nach um so geschlosseneren Formen an ihrer Spitze.

Jedoch in den beginnenden Konflikt Stalins mit dem Apparat droht sich die Partei einzumischen. Sie muß sich einmischen, wenn sich nicht der Klassenfeind einmischen soll. Der Partei zu helfen, sich kräftig einzumischen, — ist die Aufgabe der linken Opposition. Gerade das fürchtet Stalin auf den Tod. Er möchte die Partei ersticken, bevor er sich mit dem Apparat auseinandersetzt. Deshalb wurde der 17. Parteikonferenz eine neue Kampagne gegen den „Trotzkismus“ vorausgeschickt. Deshalb wurde die Konferenz in ein Wechselgespräch zwischen Stalins Getreuen umgewandelt. Und deshalb erschien als notwendiges Ende der Konferenz Euer Beschluß vom 20. Februar. Es ist das Wesen dieser Politik, daß jeder neue Schlag gegen die Partei unvermeidlich als Schlag gegen den „Trotzkismus“ geführt wird. Hierin liegt die Stärke der Opposition. Und hierin liegt das Verhängnis Stalins.

Die innerparteiliche Demokratie habt Ihr längst durch die „Selbstkritik“ ersetzt. Das bedeutete im Anfang: man darf alle kritisieren, nur nicht das ZK. Auf der nächsten Etappe: man darf nur die kritisieren, die das ZK zu kritisieren befehligt. Jetzt heißt es: man darf alle kritisieren, außer Stalin: jedes Mitglied des ZK muß man hetzen, das nicht auf Stalin schwört. Ueber der Partei, über dem Apparat, über jeder Kritik ist — Stalin. Das Gesetz von seiner Unfehlbarkeit erhielt rückwirkende Kraft. Die Geschichte der Partei wird umgebaut, mit der Unfehlbarkeit Stalins als neuer Achse. Wer nicht rechtzeitig umlernte, gerät unvermeidlich unter die Hackmaschine.

In einer revolutionären Partei, die sich auf die wissenschaftliche Erkenntnis und auf eine große Tradition stützt, mußte die Leitung in einen Götzentem: I verwandelt werden, in dem Kaganowitsch als Priester das Idol ewiger Volkmmenheit anräuchert. Es fehlt nur noch, daß dem Dogma der Unfehlbarkeit noch das Dogma der unbefleckten Empfängnis hinzugefügt wird: dann ist das System vollendet.

Kann man sich etwas Bösartigeres, Erniedrigenderes und Schändlicheres vorstellen, als die Tatsache, daß in die Partei des Proletariats das Prinzip einer übermonarchistischen Autorität eingeführt wurde? Vielleicht willt Ihr nicht, wohin das führt? Lest die Geschichte. Das Dogma lebenslänglicher Unfehlbarkeit ist der unbestreitbarste und schreiendste Ausdruck dessen, daß die stalinische Wirtschafterei in einen unversöhnlichen Widerspruch zur ökonomischen, politischen und kulturellen Entwicklung der Sowjetdemokratie und — was nicht weniger wichtig ist — zu den historischen Aufgaben der internationalen proletarischen Vorhut geraten ist.

Man muß nur überlegen: anderthalb Jahrzehnte nach der Oktoberrevolution steht an der Spitze der Komintern — Manuiski. Ihr kennt diesen Mann nicht schlechter als ich. Niemand von uns hat ihn jemals ernst genommen. In allen kritischen Momenten schwankte er, verwirrte er die Dinge und wich er zurück: immer und unveränderlich war er auf der Suche nach einem Gönner. Im Jahre 1918 verkündigte er in der Presse, daß Trotzki den Bolschewismus von der nationalen Beschränktheit rettete. Im Jahre 1923, wiederum in der Presse, bezeichnete er Lenin und Trotzki als die Gründer der Theorie und Praxis der Kommunistischen Internationale. Ihr werdet sagen, daß er dabei von persönlichen Berechnungen beherrscht wurde? Ich streite es nicht ab. Aber dann hat er sich verrechnet. Die „Troika“ stellte Manuiski ein Ultimatum: entweder eine Hetzkampagne gegen Rakowski, der allgemeines Vertrauen genoß, zu eröffnen, oder selbst erdrückt zu werden. Ihr kennt Manuiski: er wählte das erste. Und heute — schauerlich, es sich vorzustellen, — ist Manuiski — der Führer der Komintern!

Die Strategie von Marx und Lenin, die historische Erfahrung des Bolschewismus, die großen Lehren des Jahres 1917 — alles ist entstellt, verstümmelt. Die gestrigen Fehler der Bürokratie, nicht erkannt und nicht berichtigt, werden in eine obligatorische Tradition verwandelt und an jeder Biegung des Weges als Fallen und Wolfseisen aufgestellt. Die Leitung der Komintern ist zur organisierten Sabotage der internationalen proletarischen Revolution geworden. Ihre Verbrechen sind nicht zu zählen. Und jetzt bereitet sich vor unseren Augen das allerschrecklichste in der Reihe derselben vor.

Die Theorie des Sozialfaschismus, in der sich die Unwissenheit Stalins mit der Leichtfertigkeit Manuiskis verbindet, wurde zur Schlinge um den Hals des deutschen Proletariats. Unter der Knute der stalinischen Clique hilft das unglückselige, verwirrte, erschreckte, zerrissene ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands aus allen Kräften — es kann nicht anders als helfen — den Führern der deutschen Sozialdemokratie, Hitler die deutsche Arbeiterklasse ans Messer zu liefern.

Und Ihr glaubt, daß Ihr mit Eurem falschen Papierchen vom 20. Februar die bolschewistische Kritik aufhalten könnt? Uns von der Erfüllung unserer Pflicht abhalten könnt? Unsere Gesinnungsgenossen erschrecken könnt? Ueble Scherze! Schon in nicht weniger als 20 Ländern gibt es Kaders von Bolschewisten, die sich mit Recht als Erben der marxistischen Tradition, der Schule Lenins, des Vermäch-

nisses der Oktoberrevolution fühlen. Niemand wird ihnen den Mund verschließen!

Oh, natürlich, Stalin hat sein letztes praktisches Wort noch nicht gesagt. Das Arsenal seiner Mittel ist bekannt: Lenin hat sie erworfen und bewertet. Aber diese Mittel können jetzt schon nur noch zur Befriedigung persönlicher Rache ausreichen. Der Schlag gegen die alten unbedugsamen Kämpfer Rakowski, die Erschießung des „Verräters“ Blumkin und seine Ersetzung durch den echten Stalinisten Agabekow, die Schießereien auf die in den Gefängnissen eingesperrten Bolschewisten, eine kleine, durchaus bescheidene, unmerkliche Unterstützung der Klassenfeinde gegen den revolutionären Widersacher — dazu mögen die stalinischen Arsenale noch ausreichen. Aber zu mehr nicht!

Ihr kennt Stalin nicht weniger als ich. Viele von Euch haben Stalin im Gespräch mit mir persönlich oder mit mir Nahestehenden nicht nur einmal gekennzeichnet und ohne Illusionen gekennzeichnet. Stalins Kraft lag nie in ihm selbst, sondern im Apparat; oder in ihm selbst, soweit er die vollkommenste Verkörperung des bürokratischen Automatismus darstellt. Vom Apparat getrennt, ihm gegenübergestellt, ist Stalin — ein Nichts, ein leerer Fleck. Ein Mensch, der, gestern noch das Symbol der bürokratischen Macht war und morgen in aller Augen das Symbol des bürokratischen Bankrotts sein wird. Es ist Zeit, sich von der stalinischen Mythe zu trennen. Man muß der Arbeiterklasse und ihrer wirklichen, nicht verätschten Partei vertrauen.

Lest die Protokolle der Plenarsitzungen des ZK von den Jahren 1926 und 1927; lest die Erklärungen der Opposition: Ihr habt eine vollständige Sammlung von Dokumenten zur Verfügung als ich. Und Ihr werdet Euch auf,

## Ueber den „Austro-Leninismus“

Wie Frey die Grundprinzipien der proletarischen Revolution fälscht.

Solange Frey sich mit der Rolle eines höchst schillerhaften Ab-Schriftstellers begnügt und A-B-C-Wahrheiten des Marxismus aus den Schriften Marx', Lenins, Trotzki schlecht und recht abschreibt, so lange vermag er hinter den auswendig gelernten Formeln seinen eigenen Opportunismus zu maskieren.

Aber bei dem bescheidensten Versuch, diese Grundwahrheiten des Marxismus-Leninismus auch nur für Oesterreich zu konkretisieren, entsteht bei unserem Ab-Schriftsteller ein neues politisches System des „Schein-Leninismus“ oder „Austro-Leninismus“.

Wir können aber nicht einmal in diesem „Austro-Leninismus“ auch nur einen einzigen, originalen Gedanken Freys entdecken; sein „Austro-Leninismus“ besteht nur aus den Abfallprodukten Sinowjew-Brandler-Radekscher Fehler. Betrachten wir nur die vorletzte Nummer der „Frey-Stimme“.

Welchen Weg soll die Arbeiterklasse Oesterreichs gehen? Frey antwortet auf diese Grundfrage:

„Politisch muß der Kampf der Massen die Richtung nehmen auf eine Regierung der Arbeiter und notleidenden Bauern, die sich stützen muß auf den Arbeiterrat, den die Arbeiterschaft im Verlaufe des Kampfes wird bilden müssen.“

Hier ist alles falsch; vom ersten bis zum letzten Wort.

Hier wird die Notwendigkeit der proletarischen Revolution einfach verschwiegen! An die Stelle der proletarischen Diktatur, das Produkt der proletarischen Revolution, tritt eine „Arbeiter- und Bauernregierung“, die ohne proletarische Revolution sich bildet. Wir brauchen auf diese Frage hier nicht näher eingehen. Gen. Landau hat sich mit dieser Frage in seiner Arbeit „Probleme der spanischen Revolution“ (siehe Nr. 3 des „M.“, Februar 1932) ausführlich befaßt.

Der scheinrevolutionäre Charakter des „Austro-Leninismus“ tritt besonders grell in der Frage des „Arbeiterrats“ zutage. Für Frey ist der „Arbeiterrat“ an sich schon eine Garantie für den revolutionären, proletarischen Charakter der von ihm gestützten Regierung. Das zeigt, daß Frey nichts aus der Geschichte und am allerwenigsten aus seiner eigenen Geschichte gelernt hat. Wir haben in Oesterreich bereits 1918/19 „Arbeiterräte“ gehabt. In diesen Räten spielte Frey keine unwichtige Rolle. Aber diese Räte — geführt und beherrscht von den Reformisten, zersetzt von den Zentristen (Frey, Rothe, Fabri) haben die „Arbeiter- und Bauernregierung“ der Reformisten und Christlichsozialen unterstützt. Unter der Führung der Reformisten verwandelten sich in allen Ländern die Räte zu einem Anhängsel der bürgerlichen Regierung, sowohl im kerenskyischen Rußland, wie in Deutschland und Oesterreich. Daraus haben die revolutionären Marxisten die Lehre gezogen, daß die einzige Garantie für die revolutionäre Entwicklung der Räte die Führung der Räte durch die Kommunisten ist. Wo diese Führung fehlt, verfällt der Sowjet bedingungslos.

Indem Frey beharrlich seinen bankrotten „Austro-Leninismus“ wieder propagiert, erweist er sich als ein Zentrist schlimmster und gefährlichster Art.

Geradezu konterrevolutionär aber ist die Position Freys in der russischen Frage. Wir haben schon mehrmals darauf hingewiesen, daß Frey in seinem Kampf gegen das Stalinische Regime dabei angelangt ist, im Stalinismus die russische Spielart des deutschen „Nationalsozialismus“ zu erblicken. Da der deutsche Nationalsozialismus aber Faschismus ist, was ist dann seine russische Ausgabe?

In der letzten Zeit erblickt Frey seine Hauptaufgabe darin, Spezialberichte über die „Hölle in Sowjetrußland“ zu veröffentlichen, in denen zurückkehrende Arbeiter ihre Eindrücke wiedergeben.

Oewiß ist die Lage in der Sowjetunion sehr schwierig und nichts ist gefährlicher, als solche Illusionen zu züchten, wie es auf der 17. Parteikonferenz geschah, auf der Molotow die Verwirklichung der klassenlosen, sozialistischen Gesellschaft bis zum Jahre 1937 proklamirte.

So falsch es ist, der stalinistischen Schönfärberei zu folgen, die nur die eine Seite des industriellen Aufbaues zeigt, die unbestreitbaren Erfolge auf dem Gebiete der Industrialisierung, so verheerend ist der kleinstädtische

Neue überzeugen: die ganze Entwicklung der Partei, des Apparats und der stalinischen Clique wurde von uns vorausgesagt, alle Signale waren von vornherein gestellt. Die Auflösung des stalinischen Systems vollzieht sich unter genauer Innehaltung der von der Opposition bezeichneten Marschroute. Ihr wollt auf diesem Wege weiter gehen? Aber der Weg führt nicht weiter. Stalin hat Euch in die Sackgasse geführt. Es ist unmöglich, anders weiterzugehen, als die Stalinade zu liquidieren. Man muß der Arbeiterklasse vertrauen, man muß der proletarischen Avantgarde die Möglichkeit geben, mittels freier Kritik das ganze Sowjetsystem von oben bis unten zu prüfen und schonungslos von dem aufgehäuften Schutt zu reinigen. Man muß, endlich, den letzten nachdrücklichen Rat Lenins ausführen: Stalin hinwegräumen.

Die Linke Opposition ist jede Stunde bereit, an der Wiederbelebung der Partei- und Sowjetdemokratie unmittelbaren Anteil zu nehmen. Auf sie kann man sich verlassen. Sie stellt eine Auslese von der proletarischen Diktatur unbeschränkt ergebene Revolutionäre dar. Das ist ein wertvoller Sauerreife für die niedergedrückte, zerrissene, durch Strebertum und Liebedienerei von oben zerfressene Partei.

Die größten Fragen sind aus neue von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellt: im Fernen Osten und besonders im Zentrum Europas, in Deutschland. Wo Maßnahmen einer großen Politik nötig sind, hilft Stalin klügliche Polizeimaßnahmen aus. Ueber den Beschluß vom 20. Februar schreitet die Opposition hinweg, wie der Arbeiter über eine Pflöze an den Platz seiner Arbeit geht.

Bolschewisten-Leninisten, voran! Prinkipo, 1. März 1932.

Defaitismus Freys, der aus der USSR eine Hölle, erfüllt von Ungeziern, Läusen und Wanzen macht, beherrscht von Banditen, an deren Spitze der „Maul-Gigant Stalin“ steht, der „vor der Imperialisten in Genf und in der Mandchurei schweifwedelt“ (Arb.-St. Nr. 95) und es zuläßt, daß „die japanischen Räuber seelenruhig immer weiter ins sowjetrussische Gebiet“ marschieren.

Ueberflüssig zu erwähnen, daß der Einmarsch der Japaner in die USSR bisher nur in der Phantasie Freys existiert, überflüssig zu erwähnen, daß die Politik der Sowjetregierung, sich nicht zu einem Krieg im fernem Osten provozieren zu lassen, während gleichzeitig im Herzen Europas weltgeschichtliche Ereignisse aus dem Zusammenstoß zwischen Revolution und Konterrevolution in Deutschland heranreifen, den Interessen der internationalen Arbeiterbewegung entspricht.

Indem Frey weder in der Frage des industriellen Aufbaues, noch in den Fragen der Außenpolitik dialektisch an die Probleme herantritt, d. h. indem er nicht die Gesamtheit der vor sich gehenden Prozesse, ihre wechselseitige Abhängigkeit, überblickt, sinkt er auf die Position eines wildgewordenen Speichers herab, der statt politische Widersprüche zu untersuchen, mit Schaum vor dem Mund die kommunistische Bewegung begieret.

Die „Frey-Stimme“, Nr. 93 hat sich auf den Kriegspfad gegen die Linke Opposition begeben. Nicht weniger, als des „hundertprozentigen Opportunismus“ werden wir beschuldigt, weil wir die hyperradikale Vogeltraufpolitik der KP-Bürokratie in der Frage der Gemeindeautonomie vom kommunistischen Standpunkt einer Kritik unterzogen haben. Die „Frey-Stimme“ schlussfolgert folgendermaßen:

„Indem die ‚Rote Fahne‘ schreibt, daß die Kommunisten nicht im mindesten sich und dem Proletariat Illusionen machen über den Wert und die Bedeutung einer nicht existierenden Autonomie, nimmt sie einen prinzipiell vollkommen richtigen Standpunkt ein... nur hätte sie genauer formulieren sollen: ‚einer für das Proletariat nicht existierenden Autonomie!‘“

Das nennt man im Volksmund dem Dreck a Watsch'n geben. Nebenbei gesagt, haben wir nicht theoretisch die Gemeinden dem Staate entgegengesetzt, sondern im Sinne der Beschlüsse des 2. Weltkongresses der Komintern (die sowohl die „RF“ als auch die „Arbeiter-Stimme“ gedankenslos zitierten) auf den notwendigen Kampf um die Selbstverwaltung und mehr Unabhängigkeit der Gemeinden vom Staat (Zentralgewalt) hingewiesen. Im Kommunalprogramm der KPD vom Jahre 1922 (also zur Lebenszeit Lenins, wo die Beschlüsse des 2. Kongresses zum ABC jedes Kommunisten gehörten) heißt es:

„Verhältnis zwischen Gemeinde und Staat.“

„Die Frage der Gemeindeautonomie, d. h. des Verhältnisses zwischen gemeindlicher Wirtschaftselbständigkeit gegenüber dem Staat und gemeindlicher Verwaltungsunabhängigkeit vom Staat („ja, vom Staat“, nehmen Sie das zur Kenntnis, Gen. Austro-Opportunist. Ann. d. Red.), hat für die Politik der Kommunistischen Partei keine prinzipielle Bedeutung. Wo das Proletariat im Lande die Diktatur ausübt, ist für unbedingte Unterordnung der gesamten Gemeindepolitik unter die Notwendigkeiten der proletarischen Diktatur und für die Brechung jedweden kapitalistischen Widerstandes einzelner Gemeinden zu sorgen. So lange die kapitalistische Diktatur besteht, kämpfen hingegen die Kommunisten für möglichst weitgehende Wirtschafts- und Verwaltungselbständigkeit aller Gemeinden mit proletarischer Mehrheit gegenüber kapitalistisch-bürokratischer Bevormundung durch die Regierungen...“

Diesen Kampf gegen die kapitalistische Zentralgewalt... müssen die Kommunisten zur Aufteilung der Volksmassen ihrer Gemeinden ausnützen...“

Von all dem hat Frey einmal etwas verstanden, er versteht vielleicht auch heute noch etwas davon, wenn er in seiner politischen Ohnmacht und Isolierung nicht ausschließlich von Fragen der fraktionellen Orientierung beherrscht würde. Und so landet er bei der ultraradikalen Phrasologie der Koplenigs, nur um sich „links“ gebärden zu können. Dabei bemerkt er gar nicht, daß das Ignorieren der Fragen der Gemeindeautonomie in der Politik und Taktik des Zentristen nur ein Abfallprodukt der Theorie vom Sozialfaschismus ist.